

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1,40
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Verkehrsgebiet RM. 1,50 mit
Postzuschlag. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückerstattung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Gesamtpreis RM. 4,04
Kontokonto Nr. 24 bei der Oberamts-
Kassaphil. Neuenburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenburg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder
deren Raum 25 Pf., Kollationspreis
10 Pf. Kollationspreis 100 Pf.
Zuschlag. Offerte und Auftrags-
erteilung 25 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Nachweises des Bestells
nicht innerhalb 3 Tagen nach Ver-
einbarung erfolgt. Bei Ver-
änderungen treten sofort alle früheren
Bestimmungen außer Kraft.
Gerichtshand für hohe Stelle in
Neuenburg. Für Briefe, Aufträge
und keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 115 Freitag den 19. Mai 1933 91. Jahrgang

Die Wirkung der Kanzlerrede

Ein diplomatisches Meisterstück — Die Folgerungen für Genf

Berlin, 18. Mai. (Conti.) Von maßgebender Seite wird zu dem Eindruck der gestrigen Rede des Reichskanzlers in der Welt erklärt, die Regierung des nationalsozialistischen Deutschland stellt mit tiefer Befriedigung die ungeheure Wirkung der Rede des Reichskanzlers auf das Ausland fest. Alle Welt ist sich darüber klar, daß es sich hier um ein diplomatisches Meisterstück handelt.
Das junge nationalsozialistische Deutschland ist in sich so fest geschlossen und so selbstbewußt, aber andererseits auch so von harter Friedensliebe erfüllt, daß es auch anderen Völkern, wie Polen und den Tschechen, ihre Lebensrechte anerkennen kann.
Ueber die praktischen Auswirkungen der Erklärungen des Reichskanzlers für die weitere Gestaltung der Dinge in Genf wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß es jetzt bei den Verhandlungen in Genf darauf ankommt, bis zum 12. Juni, dem Termin für den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz, zu einem Abschluß zu gelangen. Dieser Abschluß darf nicht etwa wieder eine Eintracht, sondern muß ein wirklicher Abschluß der Abrüstungsverhandlungen sein, wobei es durchaus gleichgültig ist, ob einzelne Nebenfragen dann noch später in der kommissarischen Kommission weiterverhandelt werden sollen. Deutschland hat durch die Rede des Kanzlers seinen Standpunkt klar zum Ausdruck gebracht.

Es ist völlig abwegig, wenn in der Presse davon gesprochen wird, als ob Deutschland eine neue Situation geschaffen habe und man die weiteren deutschen Taten abwarten müsse. Deutschland hat in der Frage der Abrüstung genug geleistet; es ist jetzt Sache der anderen Mächte, Taten zu zeigen und zu handeln. Sie haben Zeit genug bis zum 12. Juni.

In diesem Zusammenhang wird von unabhängiger Seite die Behauptung, Außenminister v. Neurath werde jetzt nach Genf fahren, als unzutreffend bezeichnet. In der gegenwärtigen Situation, die wie immer wieder betont werden muß, deutscherseits durch die Kanzlerrede restlos geklärt ist, besteht für den Außenminister keine Veranlassung, nach Genf zu fahren. — Wenn in der Presse weiter die Verschönerung der Worte des deutschen Delegationsführers Votchkoff in einer Form geschildert wird, als ob Adolphi vor seiner Abreise neue Instruktionen empfangen werde, so ist dies eine völlig falsche Darstellung. Es gibt nach der gestrigen Kanzlerrede keine neuen Instruktionen mehr. Wenn Votchkoff nach weiteren Vorklärungen in Berlin hat, so gelten diese lediglich der Aufgabe, die Forderungen und die Erklärungen des Reichskanzlers in die entsprechende diplomatische Form für die Genfer Verhandlungen zu bringen. Denn die Grundzüge, die der Reichskanzler aufgestellt hat, müssen naturgemäß jetzt in der Form entsprechender Anträge und Erklärungen in Genf vorgebracht werden.

Das Echo der Reichskanzlerrede im Auslande zeigt, daß die einstimmig feindselige Haltung, die man in gewissen Ländern gegenüber dem neuen Deutschland einzunehmen versucht hat, allmählich einer objektiveren Auffassung Platz macht. Auch diejenigen Blätter, die sich bisher in Verdächtigungen und Verleumdungen Deutschlands nicht genug tun konnten, müssen von der Friedensliebe und Verbündigungsbedürftigkeit des deutschen Reichskanzlers Notiz nehmen. Freilich wird an denjenigen Stellen, die in dem Propagandakrieg gegen Deutschland bisher führend waren, schon jetzt versucht, den starken Eindruck

der Rede durch Vorbehalte abzumildern. Es wird dort nämlich als unangenehm empfunden, daß die loyalen Erklärungen des Reichskanzlers die tatsächliche und allgemeinpolitische Stellung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz wesentlich verbessert und die Verantwortung derjenigen Länder klargestellt haben, an deren Haltung alle Abrüstungsversuche bisher gescheitert sind. Daß Frankreich sich dieser Verantwortung ebenso entziehen will, wie jeder Art von Abrüstung, ist eine Tatsache, mit der auch weiterhin gerechnet werden muß. Frankreich wird immer wieder den Versuch machen, von sich abzulenken, indem es mit allen möglichen Manövern die deutschen Angelegenheiten in den Brennpunkt des internationalen Interesses rückt. Nach allen bisherigen französischen Erklärungen ist die Auffassung, daß die Frage der Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages von Frankreich aufgetragen werden wird, durchaus ernst zu nehmen. Wenn keine unerwarteten Momente eintreten, wird man in Genf für die nächste Zeit mit einer großen politischen Debatte zu rechnen haben. Man nimmt an, daß die französische Delegation das seit Jahren aus vielen trüben Quellen gesammelte „amtliche Material“ über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen auspacken wird. Die raschen und wirksamen Abrüstungsmassnahmen, die Amerika in Roosevelts Vorkriegszeit wiederum von den hochgerüsteten europäischen Staaten verlangt hat, werden durch dieses Verfahren leider eine weitere Verschleppung erfahren.

Hindenburgs Antwort an Roosevelt

W. Berlin, 18. Mai. Als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat der Herr Reichspräsident heute das folgende Telegramm an Herrn Präsidenten Roosevelt gerichtet:

Mit aufrichtigem Danke beäugte ich den Empfang Ihrer mir telegraphisch übermittelten Botschaft. Diese Kundgebung, in der Sie der Welt den Weg für die Behebung der internationalen Krise zeigen, hat in ganz Deutschland starken Widerhall gefunden. Die Erklärungen, die der deutsche Reichskanzler gestern mit einmütiger Zustimmung des Deutschen Reichstages abgegeben hat, beweisen, daß Deutschland gewillt ist, an der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart unermüdet mitzuarbeiten.

Antworten der Mächte auf Roosevelts Botschaft

W. Washington, 18. Mai. Auf die Botschaft des Präsidenten Roosevelt sind von den Regierungschefs von Deutschland, Spanien, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, der Schweiz, Lettland, Kuba, Nicaragua, Venezuela, Mexiko und Panama zustimmende Antworten eingegangen. England, Frankreich und Österreich haben lediglich den Empfang der Botschaft bekräftigt.

Einer der führenden amerikanischen Bankiers erklärte dem Vertreter des Bolschewistischen Teleg. Büros: Jedermann ähnelte sich hier erleichtert über den verständlichen Ton der Rede des Reichskanzlers. Die Kundgebung scheint das letzte wirkliche Hindernis am Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz beseitigt zu haben. Sie könnte sehr wohl zu einem Wendepunkt der internationalen Wirtschaftslage werden.

Zusammenschluß der luth. Landeskirchen

Einsetzung eines Direktoriums

Berlin, 18. Mai. (Conti.) Der Evangelische Presbiterien teilt mit: Ein bedeutsamer Schritt zur kommenden Kirchengemeinschaft ist geschehen. Die sämtlichen evangelisch-lutherischen Landeskirchen Deutschlands haben sich zusammenschlossen. Der Zusammenschluß ist, wie der Evangelische Presbiterien erklärt, auf der Grundlage des folgenden Statuts vollzogen worden:

§ 1. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands schließen sich zur Wahrung und Vertretung ihres gemeinsamen lutherischen Bekenntnisses und zur Förderung der daraus sich ergebenden gemeinsamen Aufgaben zu einem lutherischen Zweig innerhalb der werdenden deutschen evangelischen Kirche zusammen unter Vorbehalt der Integrität der einzelnen Kirchen im übrigen.

§ 2. Zur Wahrung der im § 1 bezeichneten Zwecke wird ein Direktorium gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern der süddeutschen, der mitteldeutschen und der niederdeutschen lutherischen Landeskirchen, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden bestellen.

§ 3. Im Rahmen der Zwecke des § 1 ist das Direktorium ausnahmslos ersatzlos zur Vertretung der Landeskirchen, weitens zur Aufstellung allgemeiner Grundzüge für die Ordnung des kirchlichen Lebens.

In das Direktorium wurden die Vertreter der bayerischen, der württembergischen, der thüringischen, der sächsischen, der hannoverschen und der schleswig-holsteinischen Kirchen gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Landesbischof D. Weiser in München bestellt.

Beauftragte für das Rote Kreuz. Der Chef des Sanitätswesens der SA., Generaloberstabsarzt a. D. Dr. Hodeisen, wurde zum besonderen Beauftragten des Reichministers des Innern für das Rote Kreuz ernannt.

Die historische Kanzlerrede

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Wahrheit über die SA. und SS.

Tatsächlich ist die SA. und SS. der Nationalsozialistischen Partei ohne jede Beihilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staates, des Reiches oder gar der Reichswehr, ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Auszeichnung entstanden aus rein parteipolitischen Bedürfnissen und nach parteipolitischen Erwägungen. Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Beseitigung der kommunistischen Gefahr, die Ausbildung ohne jede Anlehnung an das Heer, nur berechnet für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, psychologische Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie ist eine Institution der Aneignung eines wahren Gemeinschaftsgeistes, zur Überwindung früherer Klassen-gegensätze und zur Behebung der wirtschaftlichen Not. Der Stahlhelm ist entstanden aus der Erinnerung an die große Zeit des gemeinsamen Fronterlebens, zur Pflege der Tradition, zur Erhaltung der Kameradschaft und endlich ebenfalls zum Schutze des deutschen Volkes gegen die seit dem November 1918 das Volk bedrohende kommunistische Revolution, eine Gefahr allerdings, die die Länder nicht erkennen konnten, die nicht so wie wir Millionen organisierter Kommunisten besitzen haben und nicht wie wir in Deutschland unter dem Terror litten. Denn der wirkliche Zweck dieser nationalen Organisationen wird am besten gekennzeichnet durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und durch ihre Opfer. SA. und SS. hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40.000 Verletzte zu beklagen.

Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innenpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrkräfte anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehren, die Turnvereine, die Wand- und Schützengesellschaften und andere als Wehrmacht anrechnen.

Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Weisenden der anderen bewußt überhört, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit verlieren will, dann sind dies dazu geeignete Mittel. Denn folgendes habe ich namens des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu erklären:

Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja, jeder Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt 100.000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei sind international geregelt. Die in den Tagen der Revolution aufgestellte Hilfspolizei hat ausschließlich politischen Charakter. Sie mußte in den kritischen Tagen des Umsturzes den dem neuen Regime zunächst als unsicher vermuteten Teil der anderen Polizei ersetzen und nach der siegreichen Durchführung der Revolution ist sie bereits im Abbau begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst sein.

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrage von Versailles ergeben, erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugelebene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht. Wenn seitens Frankreichs immer wieder die These aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, des Kellogg-Paktes, der Schiedsgerichtsverträge des so genannte Vates usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden können? (Sehr richtig!)

2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerverbund besitzt Frankreich allein an in Dienst befindlichen Flugzeugen 3046 (Dort, dort!), Belgien 300, Polen 700, die Tschechoslowakei 670 (erzichte dort, dort!). Dazu kommen unermessliche Mengen an Reserveflugzeugen, Tausende von Kampfbomben, Tausende von schweren Geschützen sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen. Hat nicht Deutschland mehr Berechtigung demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit Sicherheit zu verlangen, als die durch Koalitionen miteinander verbundenen Rüstungsstaaten? (Stürmischer Beifall.)

Sie für den Frieden der Welt!

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind und dies Deutschland zugutekommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso willig das gleiche tun würden. (Lebhafter Beifall.) Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. (Lebhafter Beifall.) Die deutsche Regierung steht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Verschönerung einer vorhandenen Wehrtechnik aufgezwingen wird, ohne die Zuzahlung einer zumindestens qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland muß fordern, daß eine Umwandlung der von Deutschland nicht gewollten, sondern uns erst vom Ausland

Gemächigungsgezet vom preußischen Landtag angenommen

Berlin, 18. Mai. Der preußische Landtag nahm am Donnerstag nachmittag das Gemächigungsgezet für die preußische Regierung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an. Der Präsident stellte fest, daß dieser Beschluß mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit gefaßt worden ist.

Die heutige Sitzung des preußischen Landtages war in ihrer Straffheit und Geschlossenheit des Willens der Staatsführung und der Mehrheit der Volksvertretung etwas grundsätzlich anders als die Verfassenssitzung, Unerfahrenheit und Uninteressantheit, in deren Zeichen die Tagungen des preußischen Landtages so sein pflegten.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Göring war der Spiegel des neuen Preußens, das seinen Lebenszweck nicht in einem Sonderdasein sieht, sondern Grund- und Gabelstein, Fundament und Teil des Reiches ist. Ministerpräsident Görings Rede war, wie er am Schluß sagte, ein Bekenntnis zum Aufbau. Diese positive Aufgabe kennzeichnete der Ministerpräsident als die zweite Epoche, in die die deutsche Revolution jetzt eingetreten ist. Er unterstrich, daß eine ruhige Staatsführung absolut geboten ist. Von dieser festeren Basis aus soll der organische Auf- und Umbau des privaten und öffentlichen Lebens und die gelidige Erneuerung des deutschen Menschen nun in Angriff genommen werden. Die Staatsautorität ist das oberste Prinzip und für die Aufstellung des einzelnen gilt wieder der alte preußische Grundsatz, daß jeder Diener des Staates zu sein hat. Dierin liegt der letzte Sinn der preußischen Regierungserklärung und die zwingende Ueberzeugungskraft, mit der Ministerpräsident Göring sie vortrug, war Grund und Ursache der starken Wirkung, die die Verkündung des neuen politischen und Staatsprinzips auf alle Teilnehmer dieser denkwürdigen Parlamentsitzung ausübte.



aufgelegten Wehrpflichtung Zug um Zug erfolgt im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten.

Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Ubergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt.

Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen ihrerseits diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Grenzen schützen zu können. Nach einem Auspruch des französischen Kriegsministers vom Februar 1932 kann ein großer Teil der farbigen französischen Streitkräfte sofort auf dem französischen Festlande verwendet werden. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimatstreitkräften. Es entspricht deshalb nur der Gerechtigkeit, die farbigen Streitkräfte auch bei der Abrüstungskonferenz als Bestandteil des französischen Heeres zu berücksichtigen. Während man dies ablehnt, will man bei der deutschen Heeresstärke Verbände und Organisationen berücksichtigen, die nur vorkriegsüblichen und sportlichen Zwecken dienen und überhaupt keine militärische Ausbildung genießen. In den anderen Ländern sollen diese Verbände aber überhaupt für die Heeresstärke nicht in Frage kommen. Das ist natürlich ein ganz unmögliches Verfahren. Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Verehrlichkeit der anderen Staaten, die betreffenden Verbände dieser Kontrolle mit zu unterstellen, um ihren vollständig unmilitärischen Charakter eindeutig vor der ganzen Welt zu beweisen. Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet.

Diese Forderungen bedeuten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten. Ich begrüße dabei noch einmal namens der deutschen Regierung den weitansichenden und wichtigen Plan des italienischen Staatschefs, durch einen besonderen Pakt ein enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte, England, Frankreich, Italien und Deutschland herzustellen. Die Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren dauernden Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die deutsche Regierung aus innerster Ueberzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Ueberwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind. Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. Sie ist bereit, sich an diesem Werke der Kooperationsbrücke der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt unermüdetlich zu beteiligen.

Es ist überflüssig, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern. (Lebhafter Beifall und anhaltendes Geklatschen.)

Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter freien Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht, weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgas. Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist daher die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbietet, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen verweigert und auch die Anlage von Grenzbefestigungen untersagt. Deutschland ist jederzeit bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern es denkt nur an seine Sicherheit. Deutschland würde die in dem Vorschlag des Präsidenten Roosevelt angegedeutete Möglichkeit begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Veruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen.

Wir haben keinen schärferen Wunsch, als den, dazu bei-

zutragen, daß die Wunden des Krieges und des Versailles Vertrages endgültig geheilt werden. Deutschland will seinen anderen Weg dabei gehen, als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt ist. Die deutsche Regierung wünscht sich über alle schwierigen Fragen mit den anderen Nationen friedlich auseinanderzusetzen. Sie will, daß jede militärische Aktion in Europa, auch bei deren völligem Gelingen, gemessen an den Opfern, in seinem Verhältnis stehen würde zu dem möglichen Gewinn. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Vereinerwägung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. (Stärkster, langanhaltender Beifall im Hause und auf den Tribünen.) Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird seinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral verweigert, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte. (Erneuter Beifall.) Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung die Erfüllung der Verträge verlangen. Ein solcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Ankerfestigung der Verträge selbst führen. (Erneute Zustimmung.) Deutschland würde aber auch in dem Falle seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben.

Deutschland und der Völkerbund

Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, fiele zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zu leide tut, mit solchen Mitteln kämpften. Jeder solche Versuch, jeder Versuch einer Bergemaltung Deutschlands auf dem Wege einer einseitigen Ratifizierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk schickt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht anfortzuerufen zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. (Erneuter Beifall.)

Der Fall Gereke

Das Gericht hat schnelle Arbeit geleistet. Am 23. März, am Tage der ersten Arbeitssitzung des Reichstags, wurde der Reichskommissar Landrat Dr. Günther Gereke verhaftet, und schon am 18. Mai begann vor der achten großen Strafkammer beim Landgericht I Berlin der Prozeß gegen ihn und seinen Sekretär Artur Freigang. Die Anklage wurde auf Grund einer Anzeige des früheren Innenministers Reubell und des Ministerialrats Schellen, dem Nachfolger Gerekes im Amt, erhoben. Sie lautet auf Betrug in drei Fällen und Untreue in einem Fall. Für den Prozeß der drei Tage dauern soll, sind von der Anklage elf Zeugen und ein Sachverständiger geladen worden. Dr. Gereke soll nach den Behauptungen der Anklage den Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, dessen Geschäftsführer er war, durch falsche Vorspiegelungen veranlaßt haben, ihm im Jahre 1928 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von rund 75000 Mark auszugeben. Weiter wird die Anklage ihm vor, daß er durch fortgesetzte unwahre Angaben über die wirtschaftliche Lage der Landgemeinde den Verband zur Zahlung eines Zuschusses in Höhe von etwa 20000 Mark sowie zur Uebertragung des Besitztums der Zeitschrift auf ihn veranlaßt zu haben. Durch diese Handlung soll sich Dr. Gereke seit dem Jahre 1925 Einkünfte von rund 100000 Mark jährlich verschafft haben. Was die Anklage wegen Untreue betrifft, soll Dr. Gereke als Bevollmächtigter des anlässlich der Reichspräsidentenwahl vom Jahre 1932 gebildeten überparteilichen Hindenburgauschusses von den durch Sammlungen aufgetragenen Wahlgeldern mehrere hunderttausend Mark durch Verrechnung falscher Leistungen in seine Verfügungsgewalt gebracht haben. Die Gelder, es waren über 100000 Mark, wurden dem Landgemeindevorstand überwiesen. Durch gefälschte Quittungen sollen sie nicht wieder an den Hindenburgauschuß zurückgezahlt worden sein. Die Zeitschrift, um die es sich hier handelt, wurde April 1931 in dem vom Verband der Preussischen Landgemeinden gegründeten Landgemeindevorstand eingebracht. Als Geschäftsführer des Landgemeindevorstands soll Gereke es verstanden haben, das Eigentumsrecht des Vorstands an sich zu

Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören. (Stärkster Beifall.)

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk leben die Krise der heutigen Zeit. Jahrelang ist von Deutschland aus vor den Methoden gewarnt worden, die zu diesem politischen und wirtschaftlichen Ergebnis führen mußten. Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Nach scheinbaren politischen Erfolgen einzelner Nationen werden um so schwerere wirtschaftliche und damit politische Katastrophen für alle die Folge sein. Sie zu vermeiden leben wir als erste und oberste Aufgabe an. Bisher ist Wirkames dagegen nicht unternommen worden. Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen und Auswirkungen dieser Sympathien in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennen gelernt. (Sehr gut!)

Seit dem Friedensvertrage von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Leid erlitten, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Arme von Arbeitslosen — ein trübseliger Jammer, dessen ganzen Umfang und Ziele ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedensvertrage der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Vaterland — fast nur aus Not und Elend — 24 900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen, Männer und Frauen, Greise und Kinder! Diese unbeschreiblichen Tränen sind Anklagen gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Teil und Segen versprochen haben. Wägen die anderen Nationen daraus aber auch den unerfütterlichen Willen Deutschlands zu verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte.

bringen. Die ungewöhnlich hohen Reingewinne des Landgemeindevorstands soll Dr. Gereke Jahre lang unrechtmäßig für sich vereinnahmt haben. 1932 wurden dem Landgemeindevorstand aus Mitteln des Wahlfonds für die Hindenburg-Wahl 1,1 Millionen Mark überwiesen. Bei der Schlussabrechnung sollen mehr als 400000 Mark übrig geblieben sein, die der Landgemeindevorstand an den Hindenburgauschuß hätte zurückzahlen müssen. Nach der Anklage soll das Geld aber nicht zurück überwiesen worden sein, sondern Dr. Gereke soll durch gefälschte Quittungen das Geld als ausgegeben belegt haben. Gegenüber den Vorwürfen der Anklage hat Dr. Gereke in der Voruntersuchung stets betont, daß er die vom Hindenburg-Komitee gemachten Gelder reiflos im Sinne dieses Komitees verwandt habe. Er habe auch keine unwahren Angaben gemacht, um eine Aufwandsentschädigung oder das persönliche Eigentum an der Zeitschrift zu erhalten.

Fraktionslösung der Deutschnationalen

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Am Zusammenhang mit der Tagung des Reichstags fand eine Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Schmidt-Hannover statt, an der auch Dr. Jüngerberg und Dr. von Winterfeld teilnahmen. Dr. Jüngerberg sprach über seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen und weiteren Absichten, Dr. von Winterfeld über die kommenden Entscheidungen in Preußen!

Aus dem Bericht der Abgeordneten über die Arbeit im Lande geht übereinstimmend hervor, daß die DNJ einen starken Auftrieb zu verzeichnen hat, der in einem außerordentlichen Mitgliederzuwachs, insbesondere aus den Kreisen der Arbeiterschaft und des Mittelstandes zum Ausdruck kommt. In einzelnen Bezirken mußte eine Mitgliederbeschränkung verhängt werden, um eine sorgfältige Durchprüfung der Neuanmeldungen zu gewährleisten. Die Sitzung der Fraktion trug zum Teil vertraulichen Charakter.

Das Kreuz des Kilian Aneub

Von Rudolf Ullrich
Copyright by Alfred Bockhold, Braunschweig.

(13. Fortsetzung.)

Als Kilian an den Männern vorbeikom, sprach ihn Gustav Schwengle sofort an:

„Schmerzent, hat dich aber deine Liebste lang festgehalten, Kilian!“

Er lachte so laut, als ob er wüßte was gesagt habe. Um Kilians Mund spielte nur ein verächtliches Lächeln.

„Ich denke nicht, daß du etwas dagegen hast“, versetzte er kräftig.

„Gott bewahre, ich treue mich stets, wenn jemand Glück bei den Mädchen hat!“

„Recht so“, sagte Kilian im Weiterschreiten, „dann haste wenigstens auch was davon. Viel mehr wie ich wohl nie haben.“

Gustav Schwengle verzog das Gesicht und streich sich den kleinen Schnurrbart. Mit diesem Bauern da ließ sich nicht gut Kirschen essen. Schon als Bub — er war fast so alt wie Kilian — hatte er nie recht mit ihm harmonieren können. Wie oft hatte er sich mit ihm geschlagen und gezankt. Kilian war noch genau so wie früher.

Und Kilian dachte: Er soll mich in Ruhe lassen, der Windbeutel! — Ich will mit einem Soldaten nichts zu tun haben. Ob er bei den Schweden war oder den Wallensteinern, das ist mir gleichgültig. Alle taugen keine Bohne. Bauernhinder sind sie alle gewesen. Der Kukud soll es holen — das Soldatenpad.

Kun näherte er sich seinem Gehöft. Er stampfte über einen zerfahrenen Flurweg. Tief drückten sich die Ähse der Stiesel in die vom Regen aufgeweichte Erde. Zahl lag der Schein des Mondes auf den toten Felsen. Jetzt erst dachte Kilian an die Fremde und es drängte sich ihm die Frage auf: Wo mag sie jetzt wohnen? — Wohin hat sie sich gewendet?

Es muß doch eigentlich schrecklich sein, so ganz mutterseelenallein — und dann noch als schwaches Mädchen — durch die Nacht zu irren, ziellos — und ohne zu wissen, was der morgige Tag bringt. — Kilian verspürte eine Regung des Mitleids in seiner Brust, doch gleich unterdrückte er sie und sagte grimmig: „Was sie leben, wo sie hinkommt! Was geht sie mich an? — Die Bärbel hatte recht: „Rein Haus muß mir zu schade sein für so eine.“

Ruhig und still lag der Hof da, nichts regte sich, kein Licht erhellte die Fenster. Der Knecht war natürlich schon

längst zu Bett gegangen, der Schuster auch. Also der Schuster hatte der Bärbel berichtet, daß eine Fremde in seinem Hause sei. Das soll die leid tun, Schuster! — Kilian konnte keine Klaffbajen leiden.

Er stand vor der Tür und wollte gerade öffnen, da hielt er plötzlich ein. Regte sich dort nicht etwas unter dem Lager des alten Wagens? — Wirklich, da lag jemand auf einem Bund Stroh. Kilian sah nur ein dunkles Etwas. Seine Blicke bohrien sich durch die Dunkelheit. Er konnte keine Furcht, dies Gefühl war ihm fremd. Doch mit großer Vorsicht näherte er sich dem Wagen, denn in diesen Zeiten war der Besuch von Räubern und Dieben keine Seltenheit. Instinktiv nahm er, während er langsam vorwärts schritt, eine Peitsche von der Wand des Hauses und softe den dicken Eisenstiel so an, daß er sofort zuschlagen konnte.

Jetzt rührte sich nichts mehr unter dem Wagen. Kilians Augen waren starr auf die dunkle Gestalt gefeiert.

„Wer ist da?“ fragte er, als er nur noch wenige Schritte von dem Wagen entfernt war.

Keine Antwort.

„Donnerwetter!“ knurrte Kilian, stand mit einem Satz neben dem Wagen und zog den Menschen, der darunter lag, hervor. Doch plötzlich ließ er ihn los und stieß einen Fluch aus. „Das Weibsbild!“ schrie er so laut, daß es über den ganzen Hof gellte.

„Herr — Herr.“ rammelte die am Boden Liegende. Kilian rief die Peitsche empor.

„Alle Teufel!“

„Habt Erbarmen!“

„Donner und Doria, das fehlte noch“, brüllte er, ganz außer sich vor Wut. „Bist du nicht mit Güte wegzubringen, so soll dich.“ Peitschend durchschneid die Peitsche die Luft.

„Heilige Mutter!“ Wie ein Rotzfrei hallte der Ruf durch die Stille der Nacht.

Blindlings schlug Kilian auf sie ein. Ihr schwacher Körper stulte und wand sich am Boden, wenn ihn der zischende Riemen der Peitsche traf.

„Lauf — lauf, du Dirne!“

„Ich — weiß ja nicht — wohin! . . . Erbarmen — o Gott, Erbarmen!“

Knechend hörte Kilian auf zu schlagen.

„Erbarmen? — Weshalb gehst du nicht? — Du sollst fort — fort! Du mußt — mußt.“

kam eilig herbei. Das schütterte, weiße Haar hing ihm witz am Ohren und Stirn.

„Geschlagen hast du sie, Kilian?“

Der gab keine Antwort, er drehte sich etwas um und senkte den Kopf. Josef warf sich neben ihr nieder und umschlang sie mit beiden Armen.

„Sie blutet.“ . . . Plötzlich warf er den Kopf zurück und schrie Kilian an: „Knecht — gemeiner! — Ein Biß bißte! — Schlägt ein schwaches Mädchen! Pfui Teufel! — Daß wohl seinen Funken Mittel mehr im Herzen!“

„Sie soll fort!“ rief Kilian hervor.

„Ja, wohin soll sie denn?“ brüllte der Knecht. „Du bist roher als der roheste und grunstmiste Soldat. Willst aus albernem Gründen einen Menschen in die Nacht jagen — und egal ist dir's, ob er am Leben bleibt oder elendig umkommt!“

Kilians großer Kopf sank noch tiefer, die Worte des Knechtes schnitten ihm mitten ins Herz. Mit einem Schlag wurde er sich bewußt, was er getan hatte. Der Peitschenstiel zerbrach zwischen seinen Händen. Er warf einen Blick auf das Mädchen. Der Mondschein beleuchtete sein bleiches Gesicht. Sein Anblick prekte ihm das Herz zusammen. — Er hatte sie geschlagen.

„Morgen gehe ich aus dem Hause“, fuhr der Knecht fort, „bei einem solch verzogenen Kerl will ich nicht mehr im Dienst sein! — Eine Schmach ist es! — Dabei will er ein Christ sein! Ha, ein netter Christ! — Ein Teufel bißte — daß du es weißt! Ein Teufel in Leibesgestalt. Schlägt ein armes, schwaches Mädchen. O Gott, es ist nicht zu glauben!“

Kilian ging einige Schritte auf ihn zu.

„Hinweg, sage ich! Rührst sie nicht mehr an — sonst sonst.“

Mit emporgestreckten Fäusten und blickenden Augen sah ihn der Knecht an.

„Josef, ich — ich will ihr nichts mehr antun. Jetzt, ich wußte ja nicht mehr, was — was ich tat.“

Die Peitsche glied aus seiner Hand und die Arme sanken schlaff herab. „Mag kommen, was will . . . Josef, tragt das Mädchen wieder ins Haus!“

„Ins Haus?“ fragte der Knecht mit ungläubiger Miene.

„Du willst jetzt . . .“

„Ja, ich — ich.“

„Sie darf noch bleiben?“

„In Gottes Namen, Josef.“

(Fortsetzung folgt.)



Württemberg

Wetterbericht. Im Norden baut sich allmählich ein Hochdruck auf, während sich im Nordwesten eine Depression zeigt. Für Samstag und Sonntag ist vielfach aufsteigendes und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 16. Mai. Die NS-Frauenenschaft Birkenfeld hatte weit über 100 Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung am Muttertag zum Kaffe und Schulhaus geladen. Die Leiterin, Frau Hildbrand, eröffnete um 3 Uhr die Veranstaltung mit dem Deutschlandlied. Darauf sprach Frau Reich über die Bedeutung und den Sinn des Muttertags im Allgemeinen. In eindringlichen Worten wies sie darauf hin, wie die Ziele der NS-Frauenenschaft mit den Pflichten und Aufgaben einer deutschen Mutter sich vereinen. Nur wenn wir diese Ziele verwirklichen und in der Erziehung unserer Kinder zu Grunde legen, können wir auf eine bessere Zukunft hoffen. Die Kaffeepause war angefüllt mit Gedichtvorträgen vom B.D.M. Danach sprach Frau Faust über vorbildliche Mütter. In ihrer Rede charakterisierte sie drei typische Frauengestalten: In Königin Luise die vorbildliche Landesmutter, in der Mutter von Horst Wessel die aufopfernde Heldinmutter und in Maria die selbstlose Hingabe unserer Gottesmutter und Heilte die Gesamtheit dieser Idealgestalten als Vorbild einer deutschen Frau und Mutter vor Augen. Mit einem Heil auf unsern Führer und unser Vaterland schloß sie ihre Ansprache. Nach einigen weiteren Gedichtvorträgen, darunter auch ein solcher eines selbst verfassten Gedichtes, und einer Ansprache über den Sinn und die Bedeutung des braunen Kleides von Frau Förstler und dem gemeinsamen Gesang eines Volksliedes richtete Ortsgruppenleiter Faust beruhigende Worte an die NS-Frauenenschaft und den B.D.M. für die erfreuliche und so außerordentlich gut besuchte und gelungene Veranstaltung. Eingehend vorbereitete er sich über die Fragen und Wege zur Erziehung unserer Jugend für das neue Deutschland. Herr Reich machte in seiner Eigenschaft als Propagandaleiter bemerkenswerte Ausführungen und gab einen Rückblick auf die politischen Verhältnisse und Kämpfe in unserer Gemeinde. Mit einem „Heil auf unsern Führer“ schloß er seine Rede. Zum Abschluss der Veranstaltung sang die NS-Frauenenschaft und der B.D.M. das Horst-Wessel-Lied. Heil Hitler!

Gerresheim, Gemeinderatsitzung am 16. Mai. Zur Verwaltung des Kurortes wird ein Verwaltungsausschuß gebildet und eine dementsprechende Gemeindefassung aufgestellt. In diesen Ausschuß werden bernien, die Stadträte Heißer und Rothfuß und als Stellvertreter die Stadträte Gräßle und Schützle.

In die Steuerfahrbehörde werden gewählt die Stadträte Schilling, Gräßle, Keller und Rothfuß. Für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Ortsvorstehers wird als Stellvertreter Stadtrat und Fortmüller Hölzle beauftragt.

Die Untersuchung darüber, ob die Einnahmen an Gebühren für die Schlachttvieh-, Reichsbeschau und Trichinenbeschau die Ausgaben der Stadtgemeinde für die Schlachttvieh- und Reichsbeschau übersteigen, führte zu dem Ergebnis, daß im Rechnungsjahr 1932 ein nennenswerter Ueberschuß sich nicht ergeben hat und eine Ermäßigung dieser Gebühren nicht in Frage kommen kann.

Das Kulturbauamt Stuttgart hat für die Feldbereinigung im Revuefeld auf der oberen Außenmühle die erforderlichen Unterlagen übergeben. Beim Oberamt wird die Durchführung des Feldbereinigungsverfahrens beantragt.

Von dem Einlaß verschiedener Erlasse nimmt der Gemeinderat Kenntnis. In einer Anzahl Gesuche um Ermäßigung bezgl. Nachlaß von Forderungen der Gemeinde wird teils zustimmend, teils ablehnend beschlossen.

Für den nach Willbad zum Bürgermeisteramtsverweiser bernienen Altmann Kießling wird Verwaltungspraktikant Jenitz aus Heilbronn stellvertretungsweise bestellt.

Die Ausgabe der Reichsverbilligungsscheine für Speisefette darf nicht durch Warenhäuser und Einzelhandelsbetriebe sowie ähnliche Betriebe erfolgen. Der Gemeinderat stellt fest, daß die Firma Blannbach & Co. zu denjenigen Geschäften zählt, die zur Einlösung der Reichsverbilligungsscheine nicht zugelassen sind.

Rechnungsanweisungen bildeten den Schluß der Sitzung.

Willbad, 19. Mai. Am Samstag und Sonntag findet die 9. Hauptversammlung des Württembergischen Schwarzwaldbereichs in Willbad statt. Die Tagung wird eröffnet am Samstag mit einer Sitzung des Verwaltungsausschusses sowie einem Festabend unter Mitwirkung des Staatlichen Kurorchesters, des Gesangsvereins Liedertanz sowie des Kirchenchores. Die eigentliche Hauptversammlung tagt am Sonntag morgen von 9 Uhr ab im Kurlokal. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils sind Konzerte, Rundgänge um und durch die Stadt sowie Väterbesichtigungen vorgesehen. Auch Besuche der Kessler-Sternwarte sowie des Dircksbergs auf dem Sommerberg sind vorgesehen.

Vorsicht bei den neuen 8- und 12 Pfg.-Marken

An den Postkassentischen werden gegenwärtig Briefmarken zu 8 und 12 Pfennig verkauft, deren Kopfbild (Hindenburg) und Farbentöne gleich sind. Bei schwachem Tageslicht, besonders aber bei Lampenlicht, kann man diese beiden Marken überhaupt nicht oder nur durch aufmerksames Prüfen der Wertangaben unterscheiden. Es liegt auf der Hand, daß sich dadurch für den Briefversender, wie für den Briefempfänger oft recht unangenehme Folgen ergeben können. Aber auch für die Schalterbeamten, die diese beiden gleichfarbigen Marken zu verkaufen haben, können unliebsame Verwechslungen entstehen.

Neue Buchhabertafel

Durch eine Verfügung des Reichspostministeriums ist die Buchhabertafel für den Inlandsverkehr mit sofortiger Wirkung dahin abgeändert worden, daß an die Stelle der bisher zum Buchhabieren benutzten jüdischen Namen: David, Jakob, Nathan, Samuel und Zacharias die Namen: Dora, Julius, Nikolaus, Siegfried und Zeppelein treten.

Württemberg

Saiterbach, O.A. Rogold, Brand. — Mauereinkurs. Bei einem Brand im Maschinenaal der Säblerei Gebr. Knorr, der rasch erstickt werden konnte, zog sich ein Feuerwehrmann eine Rauchvergiftung zu. Eine 8-10 Meter hohe Betonmauer am Abhang der Burg stürzte gegen das Wohnhaus von R. Gutentunst. Größere Schäden wurde nicht angedeutet.

Stuttgart, (Unentgeltliche Schulbuchpflege durch die Bahnärzte.) Anlässlich der Ernennung des Statthalters für Württemberg hat der Vorstand der württ. Bahnärzteschaft dem Reichsstatthalter Murr die Zustimmung gegeben, als Pflichtleistung gegenüber unserem Volke die tabunärztliche Untersuchung der Schulkinder, sowie die Aufführung in Wort und Bild ebrenamtlich, also kostenlos, zu übernehmen.

Stuttgart, (Eine Richtighaltung.) Gegenüber der Mitteilung des Bürgermeisters Rath-Lustman in der Ausschussung der Vereinigung württ. Ortsvorsteher in Stuttgart ist richtig zu stellen, daß Wilhelm Jundel von Schwaigern nur vorübergehend in Datt war und seit 25. April sich wieder auf freiem Fuß befindet.

Stuttgart, (Erläuterung des Württ. Lehrervereins.) Der Geschäftsvorstand des W.V.V. hat am 13. Mai folgenden Bescheid gefaßt: Der W.V.V. erklärt seine forderpflichtigen Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund. Der Vorstand empfiehlt seinen Mitgliedern, auch noch einzeln dem NSLB beizutreten.

Stuttgart, (Generalintendant Rehm kommt nach Freiburg.) Der Stadtwaltung Freiburg i. Br. ist es gelungen, die Verhandlungen mit dem früheren Generalintendanten der württ. Landestheater, Albert Rehm, zu günstigen Abschlüssen zu bringen. Die Persönlichkeit Albert Rehm, dem der Ruf eines hervorragenden Bühnenleiters und Künstlers vorausgeht, verbürgt dem Freiburger Theater eine neue Zeit schöpferischer Arbeit und künstlerischer Blüte. Oberbürgermeister Dr. Kerber, der am Montagabend das gesamte Personal des Stadttheaters zusammenrufen ließ, begrüßte bei diesem Anlaß den neuen Intendanten mit herzlichen Worten. Intendant Albert Rehm bat das Personal um volles Vertrauen und freudige Arbeitsbereitschaft. Gerade die Arbeitsfreudigkeit sei eine Grundvoraussetzung alles künstlerischen Schaffens; alle Arbeit am Theater verlange eine frohe Seele und „frische, gesunde Luft“.

Stuttgart, (Merkwürdige Buchführungsmethoden bei der Vaugewerkschaft in Tuttingen.) Der Beauftragte der R.S.W. beim NSLB, teilt folgendes mit: Aus Tuttingen werden anlässlich der Revision bei der Vaugewerkschaft Tuttingen ungläubliche Zustände gemeldet: die vorhandenen Bücher seien trostlos aus. Im laufenden Kassabuch sind wichtige Seiten entfernt worden, die Buchungen enthalten für Ausgaben in Höhe von M. 2471.—. Dieser Betrag, der laut Kassensatz vorhanden sein sollte, fehlt vollständig. Sämtliche Kassensätze vom 1. 1. 32 sind vernichtet. Vom letzten Kassensatz, das am 31. 12. 32 endet, sind nur noch die Buchdeckel vorhanden. Aus dem Kassensatz der Lokalfasse wurden sämtliche Blätter mit Buchungen vom 1. Januar herausgerissen. Die Kontrolle über Feststellungen, die Untreue bei Abgabe von Darlehen vermuten lassen, ist dadurch vollkommen unmöglich gemacht. Ueber den monatlichen Aufwands für ein Auto von M. 200.— sei gesagt, daß monatlich 25 M. Miete für eine Garage bezahlt wurden, die gar nicht benutzt wurde. Weiterhin wurde festgestellt, daß zu persönlichen Zwecken Beitragselder in Höhe von etwa M. 1800.— unberechtigtweise verbraucht wurden. Der Gewerkschaftssekretär No. befindet sich in St. in Schutzhaft.

Stuttgart, (Ein Ehepaar gasvergiftet.) Heute vormittag kurz nach 11 Uhr wurde in einem Hause der Militärstraße ein jüngeres Ehepaar gasvergiftet aufgefunden. Während die Ehefrau tot war, waren bei dem Manne die Wiederbelebungsversuche erfolgreich. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Stuttgart, (Zugzusammenstoß in Ehlingen.) Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am Mittwoch den 17. Mai, um 20 Uhr, ist im Bahnhof Ehlingen der einfahrende Triebwagenzug 781 von Stuttgart auf den ausfahrenden Triebwagenzug 806 aufprallend. Der Triebwagen des Zuges 781 ist dabei entgleist. Der Unfall ist nicht etwa auf den neuen elektrischen Betrieb zurückzuführen, sondern vermutlich dadurch entstanden, daß der Führer des einfahrenden Zuges 781 das auf Halt stehende Einfahrtsignal überfahren hat. Der Schaffner des Zuges 806 ist an einem Bein ernstlicher verletzt und ins Ehlinger Krankenhaus gebracht worden. Der Führer des Triebwagens von 806 und der Jungführer von 781 sind nur leicht verletzt worden. Von den Reisenden beider Züge haben sechs Personen leichte Schürfwunden und Verletzungen erlitten: Herr Ernst Schelling von Cannstatt, Frau Kessinger und Frau Martha Jung aus Stuttgart, Frau Rosa Meiner, Frau Helene Stod und Frau Helene Rau von Ehlingen. Die Verletzten konnten sich ohne Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe nach Hause begeben. Der Sachschaden betrug etwa 2000 Mark. Der Triebwagenzug 811 nach Stuttgart, der aus dem Zug 781 hätte gebildet werden sollen, mußte ausfallen. Im übrigen ist keine Betriebsstörung eingetreten. Die Untersuchung ist im Gange.

Ehlingen, (Angehörige vor Schutzhaftlingen! Vorsicht!) Am letzten Montag ist hier ein Betrüger aufgetreten, der sich an Angehörige von Schutzhaftlingen wandte mit den Angaben, er sei NS-Führer und Sonderkommissar und von der Regierung beauftragt, Gesuche um Entlassung von Schutzhaftlingen nachzuverfolgen. Der Betrüger wies sich mit gefälschter Ausweisung aus und verlangte Vorkasse für fahrgeld der Schutzhaftlinge usw. Befreiung des Täters: etwa 28 Jahre alt, 1,83 bis 1,85 Meter groß, mittelstark, bartlos, blaues Gesicht, dunkler Anzug, blaugrauer Sommermantel, schwarzer Hut, schwäbische Mundart. Sachdienliche Mitteilungen sind an die Polizeidirektion Ehlingen, Kriminalabteilung, Dafenmarkt Nr. 7, zu richten.

Schwenningen, (Vermisst.) Vermisst wird seit 3. Mai 1933 der Bäckerlehrling Hans Schentel, geb. 9. Juli 1918 zu Wünnen, zuletzt in Steinhofen bei Döschingen bei Wädernweiler Brendel. Er führt ein Habrard bei sich und sucht Unterschlupf bei der Dilleringer. Nachricht an die nächste Polizeistelle, die um Schutzhaft und Verhaftung der Großeltern, Kreisrathmeister Peter Oel in Rottweil, Friedrichsplatz 3, erlischt wird.

Schönberg, O.A. Laubheim, (Das geheimnisvolle Paket.) Letzte Woche lag vor der Haustüre des hiesigen Postboten ein Paket mit der Aufschrift „Vorsicht beim Öffnen“. Mit größter Vorsicht wurde das Objekt von dem Postgeizwärtigen in schonendster Weise und respektvoller Entfernung abgelegt. Was nun aber mit dem geheimnisvollen Fund tun? Es wurde beschlossen, den Polizeigeizwärtigen zu Rate zu ziehen. Dieser befürwortete das Geheim-Paket auf das Rathaus, wo dann weiterer Beschluß über dessen Schicksal gefaßt werden sollte. Bürgermeister und Polizei berieten hin und her, dann wurde beschlossen, daß die Polizei dem Paket zu Leibe rücken soll. Behutsam wurden Schnur und Hülle entfernt. In atemloser Spannung und gewisser Furcht harrete man der kommenden Ereignisse in den nächsten Sekunden. Jedoch keine Explosion, keine Bombe platzte. Vielmehr lag auf dem Grund der Hülle friedlich schlummernd eine uralte, doppelläufige Pistole. Mit einem Senker der Erleichterung und gegenseitigen vielfachen Widern wurde das Wordinstrument wieder eingepackt und an die zuständige Stelle weitergegeben.

Landtag erst Ende Mai

Stuttgart, 18. Mai. Nach der Ernennung der württembergischen Regierung durch Reichsstatthalter Murr kann nunmehr der Landtag wieder zu einer Sitzung zusammentreten. Wie die „Südd. Ptg.“ erfährt, werden aber die Landboten vorwiegend nicht vor Ende Mai nach Stuttgart berufen. Im Mittelpunkt dieser ersten Sitzung wird eine große programmatische Rede des Reichsstatthalters Murr stehen. Wie das Finanzministerium Dr. Dehlinger nahe stehende Blatt weiter vernimmt, ist für die kommende Woche eine Konferenz der Finanzminister in Berlin vorgesehen. Nach dieser Konferenz wird sich die Regierung über den Ausgleich des württembergischen Staatshaushalts schlüssig werden müssen, dessen Abmangel immer noch annähernd zehn Millionen Mark beträgt.

Die Staatsregierung an die Steuerpflichtigen

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Neuordnung der Verhältnisse in Reich, Staat und Gemeinden läßt begrifflicherweise in besonders hohem Maß den Wunsch auf Ermäßigung der vielfach drückenden Steuerlasten aufleben. Die württembergische Staatsregierung ist sich

in vollem Maß der wichtigen Aufgabe bewußt, die ihr auf diesem Gebiet obliegen, und wird alles daransetzen, die öffentlichen Ausgaben in Staat und Gemeinden zu senken. Ehe diese Voransetzung sich erfüllt hat, ist es nicht möglich, die Steuern allgemein zu ermäßigen.

Elemente, die dadurch wahrscheinlich die Arbeit der neuen Regierung hemmen wollen, verbreiten die Auffassung, man brauche es jetzt mit dem Steuerzahlen nicht mehr so genau zu nehmen wie bisher. Das Gegenteil trifft zu. Alle, die gewillt sind, am Wiederaufbau unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuarbeiten, müssen gerade jetzt ihren staatsbürgerlichen Pflichten auch auf finanziellern Gebiet in möglichst weitem Umfang pünktlich nachkommen. Ein jeder darf die Gewißheit haben, daß mit den Steuergeldern keine Mißwirtschaft getrieben wird und daß die Staatsregierung auf äußerste Sparsamkeit in allen Stellen der Staatsverwaltung von den obersten Stellen ab den größten Wert legt. Es ergeht daher an alle, die mit Steuerschulden im Rückstand geblieben sind, die dringende Mahnung, die Zahlungen so rasch als möglich nachzuholen.

Bedenkliche Zuspitzung des Kampfes gegen Konsumvereine

Stuttgart, 18. Mai. Das Wirtschaftsministerium hat mit Erlaß vom 15. Mai 1933 den Oberämtern mitgeteilt: Dem Wirtschaftsministerium sind in den letzten Tagen zahlreiche Mitteilungen über eine bedrohliche und bedenkliche Zuspitzung des gegen die Konsumvereine geführten Kampfes zugegangen. Es wird lebhaftste Klage darüber geführt, daß sich die Fälle mehren, wo Konsumvereinsmitglieder, insbesondere Beamte, Angestellte und Arbeiter von Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften mit der Drohung zum Austritt aufgefordert werden, sie würden im Belegungsfall durch Bekanntgabe ihrer Namen in der Presse öffentlich gebrandmarkt oder hätten schwere wirtschaftliche Nachteile, wie triftlose Entlassung, Nichtberücksichtigung bei Vergabung öffentlicher Aufträge, Verweigerung öffentlicher Fürsorge, zu gewärtigen. So begründbar und wichtig auch die im Programm der nationalen Bewegung liegende Erhaltung eines gefunden gewerblichen Mittelstandes und die härteste Berücksichtigung aller Kleinverdienenden bei Versicherungen an Reich, Länder und Gemeinden ist, so kann doch der von einzelnen unverantwortlichen Personen und Stellen gegen die Konsumvereine aufgenommene scharfe örtliche Kampf keinesfalls gebilligt werden. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere auch im Einzelhandel, hat zur unbedingten Voraussetzung, daß die weitere Entwicklung — ohne Störung der Wirtschaft durch derartige unüberlegte Eingriffe — in geordneten Bahnen durch einheitliche, planmäßige Regierungsmassnahmen erfolgt. Wie die Reichsregierung schon mehrfach mit allem Nachdruck ausgeprochen hat, müssen Sonderaktionen Einzelner unterbleiben, soll nicht der Gesamtwirtschaft schwerer Schaden erwachsen. Dies gilt auch den Konsumvereinen gegenüber. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß ordnungsmäßig geleiteter, wirtschaftlich gesunde Konsumvereine, deren Mitglieder allen Bevölkerungsklassen angehören, durch ungeschickte örtliche Aktionen in ihrer Existenz bedroht werden. Abgesehen davon, daß durch ihr Erliegen wertvolles Volkvermögen sinnlos verstreut würde, wären die Leidtragenden gerade die zahlreichen Sparers, deren Einlagen bei dem Zusammenbruch gefährdet wären. Soweit Maßnahmen erforderlich sind, um eine unbedrohte und ungehinderte Versorgung der Konsumvereine gegenüber dem mittelständischen Einzelhandel anzuschließen und dessen Belange zu schützen, werden sie auf gesetzlichem Weg herbeigeführt werden.

Berufung des Staatskommissars für die Landwirtschaft

Stuttgart, 17. Mai. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Kommissare haben sich in letzter Zeit mehrfach veranlaßt gesehen, auf Grund besonderer Vorkommnisse Eingriffe auch in landwirtschaftliche genossenschaftliche Unternehmungen (Darlehenkassenvereine, Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaften), landwirtschaftliche Vereine, mildtätigkeitsähnliche Zusammenkünfte u. a. vorzunehmen. Um von jetzt an eine einheitliche Regelung der Verhältnisse in derartigen Unternehmungen zu gewährleisten, ordne ich im Benehmen mit dem Württ. Wirtschaftsministerium an, daß solche Eingriffe unter allen Umständen zu unterlassen sind, daß sämtliche etwa vorhandene Mißstände in solchen Organisationen mir zu melden sind und daß ausschließlich von meiner Dienststelle aus die Beseitigung derartiger Unregelmäßigkeiten in die Wege geleitet wird. Annull.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 18. Mai (Schlachttiermarkt). Dem Donnerstagmarkt am Schlachttier- und Schlachthof wurden zugeführt: 3 Bullen (unverkauft 1), 19 (4) Junghüllen, 2 Rälbe, 11 Rinder, 156 Rälber, 170 Schweine. Erlöse aus je 1 Tr. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen —, Rälbe —, Rinder —, Rälber h 42—45 (letzter Markt: 41—44), e 35 bis 40 (33—40), d 28—33 (26—31), Schweine h vollschlachtet von 240—300 Pfund 38—39 (37), e von 200—240 Pfund 38 (36—37), d von 160—200 Pfd. 36—37 (35—36) M. Markterlöse: Großvieh wegen schwacher Zufuhr nicht notiert, Rälber und Schweine mäßig belet bei geringer Zufuhr.



Hitters Ehrenpreis für die Automobilisten

Der Goldene Helm von Deutschland, eine Trophäe, die der Reichshandler dem Automobilklub München von 1903 als Renapreis übergab. Das Kleinod ist veräußert bei dem Münchner Juwelier ausgestellt, der es anfertigte.

Letzte Nachrichten

Berlin, 18. Mai. Bei dem Training für das am Sonntag stattfindende A.M.C.-Abus-Rennen ereignete sich am Donnerstag mittags ein schwerer Unfall. Unmittelbar nach einem starken Regenschauer begab sich Otto Metz auf seinem Mercedes-Benz-S.M.-Wagen auf die Strecke und mußte sich in der Nähe der kleinen Motorradkurve überschlagen haben, denn ein kurz nach ihm gestarteter Fahrer fand den Wagen von Metz überschlagen am Abus-Rande liegen und auf der anderen Seite den Fahrer Metz, der in bewußtlosem Zustande sofort zum Krankentransport geschafft wurde, wo er seinen Verletzungen erlag.

Hausgehilfinnen und Invalidenversicherung

Berlin, 18. Mai. Nachdem die Hausgehilfinnen von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit worden sind, hat der Reichsarbeitsminister seine Zustimmung, auch in der Invalidenversicherung die Beiträge für die Hausgehilfinnen zu senken, durch die Verordnung vom 16. Mai eingeleitet. Hiernach sind die Beiträge für Hausgehilfinnen allgemein nach Lohnklasse II und wenn der Barentgelt 5 RM monatlich übersteigt, nach Lohnklasse III zu entrichten. Da die Beiträge bisher meist nach Lohnklasse IV zu entrichten waren, tritt in der Mehrzahl der Fälle eine Ermäßigung um zwei Lohnklassen, also um 60 Reichspfennig wöchentlich ein. Durch die Befreiung von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung und durch die Senkung der Beiträge zur Invalidenversicherung wird eine Gesamterleichterung erreicht, die sich durchschnittlich auf 100 RM jährlich beläuft und die den Hausfrauen den Entschluß zur Einstellung von Hausgehilfinnen erleichtern wird.

Neugefaltung der Kolonialgesellschaft

Der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Gouverneur Dr. Schöner, hat auf Grund der ihm von dem zurückgetretenen Hauptauswahlschuss erteilten Vollmacht einen Arbeitsausschuss eingesetzt, in dem er die nachfolgenden Persönlichkeiten berufen hat: Oberleutnant a. D. Bauhaus, Oberleutnant a. D. von Voorn, Oberregierungsrat Dr. Danneberg, Gouverneur Dr. Dahl, Generaldirektor Kemmer, Farmer Carl H. Koch, Dr. Vessel, Kolonialstaatssekretär a. D. Dr. h. c. v. Lindquist, J. J. Afrika, Vertreter: Geheimrat Regierungsrat von Staemer, Schulze-Wachungen. Ein sechstes Mitglied wird noch ernannt werden. Dem neu ernannten Arbeitsausschuss liegt die Durchführung des von Gouverneur Dr. Schöner aufgestellten Planes zur Neugefaltung der Deutschen Kolonialgesellschaft ob.

Rückgabe von Deutsch-Südwestafrika?

Befürchtungen englischer Blätter

Die südafrikanische Zeitschrift „Industrial and Commercial South Africa“ stellt die Frage vor einiger Zeit, ob das Mandat der Union über Deutsch-Südwestafrika zurückgezogen oder übertragen werden könne. Die heutige Lage sei voller Ungewissheit und die Agitation für die Einverleibung Südwests als fünfte Provinz der Union sei in diesem Augenblick so unklar wie nie. Aber auch der „Friend“ von Bloemfontein beschäftigt sich eingehend mit dieser Frage und es ist bezeichnend, wie alles, was Deutsche in Südwest tun, von jener Seite mit Argwohn angesehen wird. Südwest werde sich früher oder später der Forderung gegenüber sehen, das Mandat wieder auf die früheren Besitzer des Landes zurückzugeben.

Gemeinde Birkenfeld.

Bekanntmachung.

Vom Oberamtsarzt ist die öffentliche **Impfung** für die hiesige Gemeinde auf **Dienstag den 13. Juni 1933**, nachmittags 1/3 Uhr, in der Schule bestimmt worden. Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung wird hingewiesen.

Die Eltern, Pfleger, Vormünder und sonstige Vertreter der erkrankten Smpflichtigen, das sind sämtliche im vorhergehenden Kalenderjahr geborenen und hier lebenden Kinder, werden aufgefordert, im Laufe der kommenden Woche auf der Polizeiwache zu erscheinen zwecks unterschriftlicher Eröffnung der Vorladung zur Impfung.

Birkenfeld, den 18. Mai 1933.

Bürgermeisteramt: Neuhäus.

Gemeindepflege Birkenfeld.

Bekanntmachung.

Das Läuten des Rathausglockens allein ohne die Feueralarmstrome bezieht sich nur auf die SA. und hat für die Feuerwehr keine Bedeutung.

Bürgermeisteramt: Neuhäus.

Maurer- u. Steinhauer-Zwangsinnung Neuenbürg.

Am Sonntag den 21. Mai 1933, nachm. 3 1/2 Uhr.

Haupt-Versammlung

im Nebenraum des Gasth. „Schiff“ in Neuenbürg.

Die Vorstandschaft versammelt sich schon um 2 Uhr.

Tagesordnung: Gleichhaltung.

Herr Kreisamtsführer W. Gelling, Wildbad, wird uns Zweck und Ziele der neuzubildenden Zwangsinnung mitteilen.

Die Bauunternehmer des Bezirks im Hoch- u. Tiefbau sowie Steinhauer-Unternehmer sind verpflichtet, dieser Versammlung beizuwohnen.

Der Obermeister.

Gasthaus „Löwen“
Birkenfeld.

Suche ein
Mädchen

zum Seerufen an den Sonntagen.

Jakob Gengenbach,
Meßger.

Rehlleinstenfabrik sucht zu kaufen (laufend)

Kiefern-Seitenbretter,

18 mm, ostrein, gut trocken und beidseitig.

Angebote unter Nr. 467 an die „Enzler“-Geschäftsstelle.

tragen. Der Erfolg, den die deutschen Pläne im Hinblick auf die Neugefaltung der Friedensverträge geseigt hätten, machten eine solche Entwicklung sehr wahrscheinlich.

Oesterreich führt wieder Militärcattaches ein

Wien, 18. Mai. Wie die Politische Korrespondenz meldet, beabsichtigt die österreichische Bundesregierung in nächster Zeit bei einzelnen österreichischen Gesandtschaften Militärcattaches zu bestellen und zwar für Deutschland (zugleich auch für die Schweiz) in Berlin, für Frankreich (zugleich auch für Groß-Britannien) in Paris, für Italien in Rom, für die Tschechoslowakei (zugleich auch für Jugoslawien und Polen) in Prag und für Ungarn (zugleich auch für Rumänien) in Budapest. Die erforderlichen Agreements seien für die für diese Posten aussersehenen Offiziere eingeholt worden.

Der Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes

Paris, 18. Mai. Die Kammer hat heute nachmittags die Debatte über den Gelegenheitsvertrag, durch den sie ihre Verfrüchtigung über den Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes ausdrückte, beendet, und erklärt, daß dieser Vertrag zum gemeinsamen Nutzen Europas die Organisierung des Friedens verstärke, durch Annahme dieses Entschlusses wurde mit allen 520 abgegebenen Stimmen abgeschlossen. Etwa 80 Abgeordnete haben sich der Stimmabgabe enthalten.

Gegen Schluß der Debatte begrüßte Außenminister Paul Boncour den Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes und erklärte, Frankreichs Politik bestuhe darin, seine Bündnisse zu erweitern, ohne jemals auf die früher abgeschlossenen Bündnisse zu verzichten.

Aus Welt und Leben

Rekonstruierte Technik alter Zeiten. Ueber die Technik des Altertums herrschen im allgemeinen recht mangelhafte Vorstellungen, allein das, was sich davon, wenigstens in Beschreibungen erhalten hat, zeigt ein Höchstmaß des Könnens. Wir erfahren von Selbstbahnen, Uhren, Verkaufsaufzügen, Wasserwerke, Feuerlöcher, drehbaren Kränen, selbst einem Turmwindmühl, verschiedenen Wasserkraftmaschinen und ähnlichen Wunderwerken, die erst zu Beginn des technischen Zeitalters neu erstanden. Die berühmte Brücke beispielsweise, die Julius Cäsar im Krieg gegen die Gallier über den Rhein bauen ließ, übertrifft an Kühnheit vieles, was Europa und Amerika noch vor nicht gar zu langer Zeit aufzuweisen konnten. Sie wird jetzt auf der Chicagoer Weltausstellung rekonstruiert werden, um einen Begriff davon zu geben, auf welcher Höhe die Technik der Alten stand. Noch ein zweites Ausstellungsobjekt wird sicher viel Beachtung finden: es ist das erste Flugzeug, das Leonardo da Vinci erdachte und auch vollendet hätte, würde ihn nicht der Übergläubigkeit seiner Zeit dazu gezwungen haben, das Werk abzubrechen. Sein Plan erschien den Zeitgenossen des großen Meisters als Hexerei und Spul der Hölle. Däre Leonardo da Vinci darauf bestanden, ihn durchzuführen, so hätte ihm der Herrscherprophet und die sichere Verurteilung gedroht. So mußte er vom Weiterbau Abstand nehmen. Die Konstruktionszeichnungen jedoch blieben erhalten, und mit dem Modell, das jetzt nach ihnen für die Weltausstellung gebaut werden wird, plant man Versuchsversuche zu unternehmen. Die beiden Objekte, die Brücke Cäsars und das Flugzeug Leonardo da Vincis, werden auf dem italienischen Ausstellungslande zu sehen sein.

7645 Buchstaben auf einer Briefmarke. Ein zu zehn Jahren Gefängnis verurteilter Sträfling in Lyon beschrieb die Rückseite einer Briefmarke mit 7645 Buchstaben. Von dieser eigenartigen Leistung erfuhr ein Gefangener der Strafanstalt in Leipzig und schrieb an den Direktor des Gefängnisses in Lyon, daß er die Zahl von 7645 Buchstaben verdoppeln wolle. Darin erwiderte nun der Gefangene in Lyon eine Herausforderung, die ihn veranlaßte, seinen eigenen Rekord nach einigen Wochen auf 7645 Buchstaben zu verbessern. In einem Schreiben an den Gefängnisdirektor teilte er mit, daß ihn diese Arbeit ungeheure Mühe gekostet habe, aber unmöglich könne er die Herausforderung des deutschen Gefangenen ohne weiteres hanehmen, denn „er habe sich veranlaßt gesehen, die Ehre seines Vaterlandes zu verteidigen zu müssen“.

Das Vermögen in der Flasche. Aus Sidney wird ein ganz ungewöhnliches Spiel des Zufalls berichtet, das einem Deutschen ein verloren geglaubtes Vermögen zurückgebracht hat. Ein deutscher Kaufmann namens Thiel unterhielt in Sidney bis zum Ausbruch des Krieges eine Gießerei. Als der Krieg ausbrach, veranlaßte er sein Geschäft, hob sein Geld von der Bank ab und steckte alles in eine Flasche, die er an einer bestimmten Stelle in der Nähe von Sidney vergrub. Er befürchtete, als Deutscher interniert zu werden und wollte sein Vermögen vor der Beschlagnahme retten. Die Kriegswirren führten ihn fort aus Australien, er kehrte erst 1924 nach Australien zurück. Seine Absicht war, den vergrabenen Schatz zu heben und sich damit in Sidney wieder ein Geschäft einzurichten. Als er Sidney nach zwölf Jahren wieder sah, fragte er über die Veränderungen in der Stadt. Die Stadt hatte sich gewaltig ausgedehnt, die Gegend war vollständig verändert. Thiel konnte den Platz, an dem er das Geld vergraben hatte, nicht wiederfinden. In dieser Gegend war der Zoologische Garten von Sidney errichtet worden, und Thiel konnte nur mutmaßen, daß das Geld auf dem Gelände des Zoologischen Gartens vergraben sein mußte. Er wandte sich an den Direktor des Gartens und vertraute sich ihm an. Man suchte in dem Garten, grub an verschiedenen Stellen nach, aber vergeblich. Die Suche wurde aufgegeben, und Thiel fuhr für sein letztes Geld nach Nordamerika, gab aber dem Direktor des Zoo seine Adresse, für den Fall, daß die Flasche gefunden werden sollte. Der Zoologische Garten hatte auch einen Kinderpielplatz eingerichtet, und vor einiger Zeit fanden dort spielende Kinder eine große Flasche, in der sich australisches Geld im Werte von 10000 Mark befand. Die Polizei glaubte zunächst an ein Verbrechen, wurde aber von dem inzwischen gemernten Direktor des Zoo beruhigt und aufgeklärt. Thiel erhielt von dem Zoo-Direktor ein kurzes Telegramm „Flasche gefunden“. Ausgenblicklich ist Thiel unterwegs nach Australien, um sein Vermögen abzuholen.

Rentable Geschäfte

Wie alle großen Münchner Künstler hatte auch Ludwig Thoma sein Landhaus am Tegernsee gebaut und trieb dort Landwirtschaft, bis er alle Honorargelder hineingebuttert hatte. Eines Tages fuhr der Geheimrat S. Münchner Braun-Arkofrat, einmal hinaus auf Rustergut von Ludwig Thoma. „Aber das ist nett, daß Sie mich besuchen, Herr Geheimrat!“ sagt der Thoma. „Was darf Ihnen anbieten — a Glas Milch oder a Glas Zett! Unter uns: nich kommt beides gleich teuer!“

Ein Bekant ruft einem Hausbesitzer zu: „Eben sind von Ihrem Hause ein paar Fiegel heruntergefallen!“ „Gott sei Dank; endlich wirkt das Haus einmal wieder etwas ab!“

KURMITTELHAUS im KURHAUS ist geöffnet!
HERRENALB
Badetage: Dienstag und Freitag von 8—12 und 14—18 Uhr

Ausführung aller Arten von Bädern, Mass., elektr. Behandlung, Höhensonne und sonstige ärztl. Verordnungen durch staatl. approb. Kräfte

Ihre Vermählung zeigen an
RUDOLF EBERLE
LUISE EBERLE

geb. Zeltmann

Neuenbürg Herrrenalb

18. Mai 1933

Arnbach-Schwann — Niebelsbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag den 21. Mai 1933 im Gasthaus zum „Adler“ in Niebelsbach stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Erwin Wieland, **Elsa Schifferle,**
Arnbach-Schwann. Niebelsbach.

Kirchgang 11 Uhr in Gräfenhausen.

Feldrennach-Gräfenhausen.

Trauung.

Zu unserer am Sonntag den 21. Mai 1933, vormittags 11 Uhr in Gräfenhausen stattfindenden

kirchlichen Trauung

laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und -Kameradinnen herzlich ein. Wir bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Eugen Mitschele, Landwirt
Sohn des † Gottfr. Wilh. Mitschele, Landw., Feldrennach

Emilie Ahr
Tochter des Ernst Ahr, Landw., Gräfenhausen.

Briefpapier

in schöner Ausführung empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg

W. Forstam Calmbach.
Oberförsterevier.

Reifig-Verkauf

am Montag den 22. Mai 1933, nachmittags 5 Uhr, an der „Jägerhütte“ im Käbbling aus Staatswald V Käbbling, Abt. 11 Rotwäsen, 12 Bueck, 20 Schmidrain, 23 Hint-Thon und 24 Hint-Jägerhütte: Zuf. 35 Flächenlose mit gesch. 1300 Nadelreiswellen.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Samstag, 20. Mai 1933, vorm. 10 Uhr, in Herrrenalb:

1 Küchenbüffel, 2 Klubsessel, 1 Schreibisch, 1 Standauf, 1 Delgemölde, 5 Herren-Anzüge, circa 180 Meter Kleiderstoffe.

Zusammenkunft am Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Herrrenalb.

Samstag 8 Uhr 30 abds. im Adler

Pflicht-Sprechabend

NSDAP. Ortsgr. Birkenfeld.

Sämtliche Pg. haben pünktlich u. vollständig zu erscheinen.

Wirt. Schwarzwald-Berein Ortsgr. Birkenfeld.

Sonntag den 21. Mai 1933

Tages-Wanderung

zur Hauptversammlung nach Wildbad. Abfahrt 6.51 nach Calmbach, Wanderung: Kleinenhof, Meißtern, Wildbad Sonntagssfahrkarten n. Wildbad lösen. Vollständige Beteiligung erwünscht.

Führer: P. o. f.

Wenn Radio - dann Reico!

Reico- Atlantis, 3 Röhren, Type 1933, mit voll dynam. Lautsprecher kombiniert, kompl. mit Röhren RM. 225.-

Volksradio, 2 Röhren-Netzanschluß für 110, 220 Volt Gleich- oder Wechselstrom, komplett, mit la. Lautsprecher und Röhren zu nur RM. 65.-

liefert und kann besichtigt werden bei

Höhn, Reico-Radio, Neuenbürg
Turnplatz.

Birkenfeld.

Motorrad,

300 ccm (Zündapp), prima Käufer, in tadellosem Zustand, ist äußerst preiswert zu verkaufen.

Göthestr. 2.

